

INTERVIEW KLAUS WIEGANDT

# „Die Zivilgesellschaft muss Druck machen“

Der ehemalige Top-Manager fordert im Gespräch mit der SZ von der Politik ein entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise.

**SAARBRÜCKEN** Unerfahren, naiv, hysterisch und ohne Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge – mit diesen und ähnlichen Vorwürfen werden junge Klima-Aktivistinnen häufig konfrontiert. An Klaus Wiegandt prallen solche Angriffe dagegen ab: Der 82-Jährige blickt auf eine jahrzehntelange, erfolgreiche Karriere als Top-Manager zurück (siehe Infobox). Er sagt: Nicht Klimaschutz bedroht die Wirtschaft, sondern die globale Erwärmung – aber die lässt sich mit den richtigen Strategien noch stoppen.

**Herr Wiegandt, wie sind Sie zum Klimaschützer geworden?**  
KLAUS WIEGANDT Ich war 35 Jahre in der Wirtschaft. Mit 60 habe ich mir gesagt: Ich habe genug Geld verdient, ich möchte etwas für die Gesellschaft tun. Die letzten 21 Jahre habe ich mich mit der wissenschaftlichen Seite der Nachhaltigkeit auseinandergesetzt, insbesondere dem Klimawandel. Das wurde die Basis für meine Stiftungsarbeit. Ich kenne beide Bereiche und man kann mir nicht vorwerfen, dass ich keine Bilanz lesen kann.

**Ein Ökonom, der sich für Klimaschutz einsetzt – ist das nicht ein Widerspruch?**

WIEGANDT Überhaupt nicht. Viele glauben immer noch, der Klimawandel sei etwas, was nur den Eisbären am Nordpol betrifft oder Länder wie Bangladesch, die vom Steigen des Meeresspiegels bedroht sind. Aber die Menschen müssen begreifen: Der Klimawandel bedroht uns alle. Bereits jetzt, bei nur ein Grad Erwärmung, erleben wir eine zunehmende Radikalisierung des Wettergeschehens überall auf der Welt. Hurricanes so groß wie Deutschland, Dürren. Wir haben es auch dieses Jahr im Ahrtal gesehen: Die Flutkatastrophe hat Schäden in Höhe von 32 Milliarden Euro verursacht. Erwärmt sich die Erde noch mehr, wird der finanzielle Schaden Volkswirtschaften praktisch implodieren lassen. Ein Drei-Grad-Szenario darf niemals stattfinden. Wir müssen versuchen, die Erderwärmung bei 1,5 Grad, allerhöchstens zwei Grad zu stoppen.

**Was passiert bei drei Grad Erwärmung oder mehr?**  
WIEGANDT Das klingt so wenig, aber die Welt wäre eine völlig andere. Das hätte dramatische Folgen für die Landwirtschaft. Ganze Ernten werden weggespült und vernichtet. Es wird zu kriegerischen Auseinandersetzungen und Kämpfen um Wasser und Nahrungsmittel kommen. Manche Regionen südlich der Sahara werden so heiß werden, dass Menschen dort nicht mehr leben können. Also müssen sie da weg, egal wie riskant die Flucht ist, denn wenn sie bleiben, sterben sie. 200, 300 Millionen Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa kommen – das müssen wir uns vergegenwärtigen. Und dazu kommt wie gesagt der Schaden für die Volkswirtschaft.

**Wie hoch könnte der ausfallen?**  
WIEGANDT Bereits 2006 haben McKinsey (weltweit renommierte Unternehmensberatung, Anm. d. Red.) und der Ökonom Nicholas Stern gesagt: Der volkswirtschaftliche Schaden durch den Klimawandel wird einmal vier bis fünf Prozent des weltweiten Sozialprodukts ausmachen. Sie haben dann gefordert, ein Prozent des weltweiten Sozialprodukts jährlich in den Klimaschutz zu investieren. Das waren damals 500 Milliarden US-Dollar. Das hat man nicht getan. In einem aktuellen Interview sagt Stern: Weil wir das versäumt haben, müssen wir inzwischen zwei Prozent in Klimaschutz investieren – das sind heute 1,5 Billionen US-Dollar.

**Das heißt, je länger wir warten mit dem Klimaschutz, desto mehr wird er uns am Ende kosten. Trotzdem: Das ist eine gewaltige Summe. Wie finanzieren wir das?**  
WIEGANDT Das ist keine Größenordnung, die uns erschrecken sollte. Das ist gerade einmal so viel wie der globale Militärhaushalt. Trotzdem können wir nicht erwarten, dass die Verkäuferin an der Ladenkasse jetzt noch mit zusätzlichen Kosten belastet wird. Die Kosten muss die Gesellschaftsschicht tragen, die die letzten 50, 60, 70 Jahre davon profitierte, dass wir die fossilen Energieträger verbrannt haben.

**Was schlagen Sie vor?**  
WIEGANDT Punkt eins: Wir brauchen endlich eine Umsatzsteuer im Finanzwesen, eine Finanztransaktionssteuer. Jeder kleine Bürger muss in Deutschland für jedes Produkt an der Kasse Mehrwertsteuer zahlen. Wer dagegen vermögend ist und Aktien kauft, zahlt dafür nichts. Da bedarf es nur einer Größenordnung von 0,1 Prozent auf Aktien und Anleihen und 0,01 Prozent auf den Hochfrequenzhandel. Das Deutsche Institut für Wirtschaft hat bereits vor sechs Jahren in einem Gutachten aufgezeigt, dass Deutschland dadurch Erträge von 40 Milliarden Euro jährlich gewinnen würde. Punkt zwei: Ich bin gegen eine Vermögenssteuer, weil sie der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft international schaden würde. Aber wir sollten ansetzen bei der Erbschaftssteuer. Wir haben einen Übergang von 300 Milliarden Euro Vermögen, das jährlich vererbt wird. Das Aufkommen daraus beträgt sechs bis acht Milliarden. Das heißt, wir haben eine Erbschaftssteuer von 2,5 Prozent. Das ist nichts. Hier muss die Politik ansetzen.

**Wieso hat sie das bisher noch nicht getan?**  
WIEGANDT Es gibt natürlich Widerstand. Frankreich und Großbritannien haben inzwischen eine Finanztransaktionssteuer. Die USA wollte lange Zeit nicht, aber US-Präsident Joe Biden sieht die Sache anders. Der braucht eine neue Einnahmequelle und das geht nur in diesem Bereich. Wir haben im Jahr 2008 Billionen von Steuergeldern in das Finanzsystem pumpen müssen, um die Banken und die Wirtschaft zu retten. Es ist heute nicht unbillig, von denen jetzt endlich mal zu erwarten, dass sie eine Umsatzsteuer in diesem ganz kleinen Maßstab akzeptieren. Bei der Erbschaftssteuer bin ich für hohe Freibeträge – Omas Häuschen ist nicht gefährdet. Aber auch bei großen Vermögen ist das Hauptargument von Politikern immer, dass der Mittelstand eine Erbschaftssteuer von 30 Prozent nicht leisten könnte. Ein Mittelständler mit einem Unternehmen, das 100 Millionen wert ist, könne keine 30 Millionen zahlen. Dabei gibt es dafür eine Lösung: Der Staat erhält eine stille Beteiligung am Unternehmen und kassiert jedes Jahr 30 Prozent Dividende, die in einen Fond wandert, der nur für Klimaschutzprojekte angetastet werden darf. Für den Unternehmer läuft alles wie vorher, er hat ja immer noch 70 Prozent und die Option, den Rest wieder zurückzukaufen zum Marktpreis.



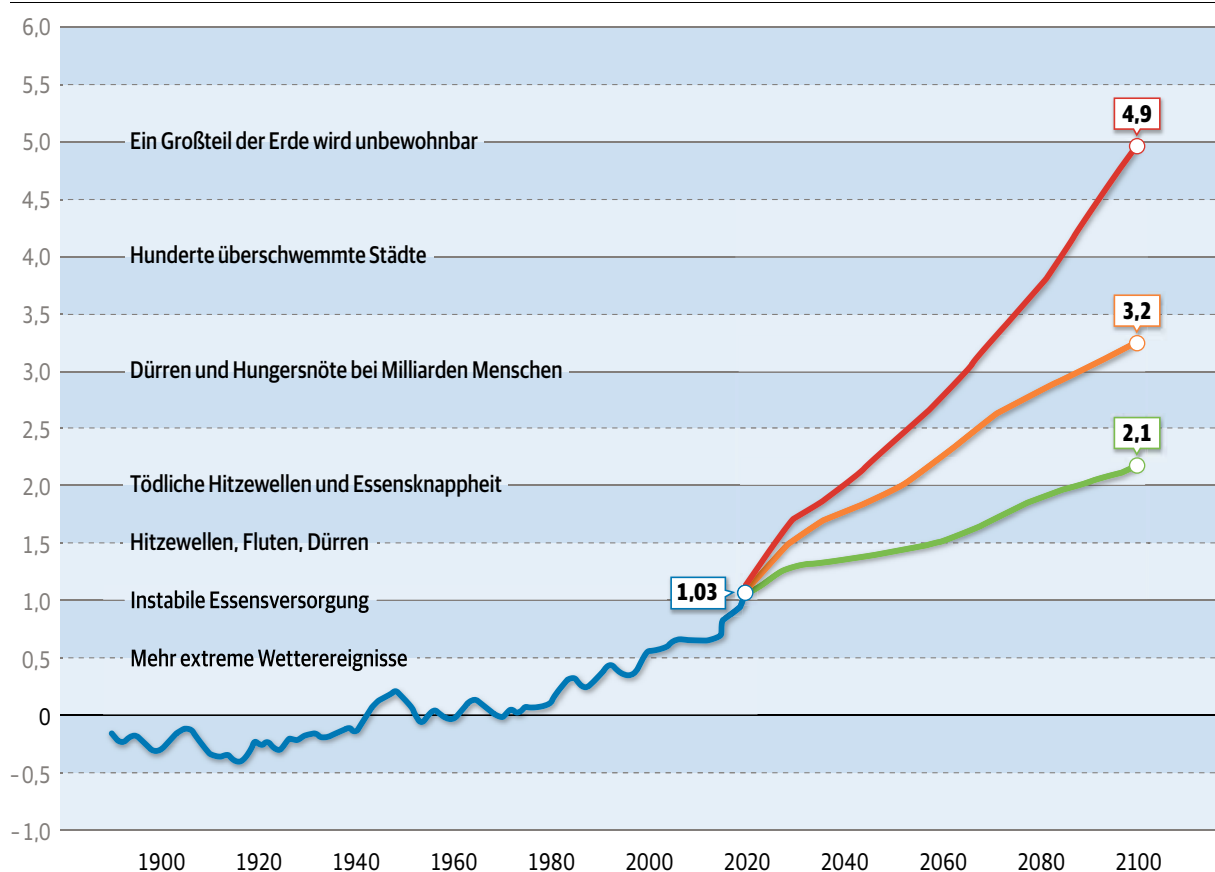
Der Ökonom Klaus Wiegandt war jahrzehntelang Top-Manager in verschiedenen Großkonzernen und hat auch altersmäßig wenig mit der Generation „Fridays for Future“ gemein. Doch der 82-Jährige plädiert nicht weniger vehement für mehr Klimaschutz – und will dafür marktwirtschaftliche Hebel nutzen.

FOTO: ALINE PABST

Wie heiß darf es werden?

Globale Erwärmung seit 1880, Angaben in Grad Celsius

— Anstieg bis zum Jahr 2020 um 1,03 Grad — Die Chance, bis zum Jahr 2100 unter 2,1 Grad zu bleiben, beträgt 5 Prozent.  
— Ein Anstieg um 3,2 Grad ist am wahrscheinlichsten. — Die Chance, 4,9 Grad oder mehr zu erreichen, beträgt 5 Prozent.



SZ-INFOGRAFIK/Michael Steffen, QUELLE: NOAA/RAFTERY ET AL./GREGOR AISCH

ZUR PERSON

**Klaus Wiegandt** wurde 1939 in Stettin (heute Polen) geboren und studierte Wirtschaft und Politik in Hamburg. Er war 35 Jahre als Top-Manager in mehreren Großunternehmen tätig. Unter anderem trieb er als Vorstandsvorsitzender der in Saarbrücken ansässigen ASKO AG die Fusion mit Kaufhof AG und Metro voran. Im Zuge dessen wurde auf sein Betreiben hin die ASKO Europa-Stiftung (mit einem Stiftungskapital von 45 Millionen Mark) gegründet. Ihr gemeinnütziger Zweck ist unter anderem die Förderung von Wissenschaft, Forschung und bürgerlichen Engagements. Im Jahr 2000 verließ Wiegandt die Wirtschaft und gründete mit „Forum für Verantwortung“ eine weitere Stiftung, die ihren Sitz in Saarbrücken hat und sich für Nachhaltigkeit und Klimaschutz einsetzt. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der ASKO Europa-Stiftung, der europäischen Akademie Otzenhausen, der Stiftung Europäische Kultur und Bildung und der luxemburgischen Stiftung Forum Europa. Wiegandt ist außerdem Herausgeber dutzender Bücher zum Thema Nachhaltigkeit.

Verfügung stellen: für den Anbau von Palmöl, Soja für Tierfutter, als Weidefläche. Wenn wir als Weltgemeinschaft nicht dazu bereit sind, ihnen das zu ersetzen, werden sie nicht aufhören mit dem Abholzen. Sogar der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro, der querköpfigste und sicher einer der korruptesten von allen, hat gesagt: Gebt mir zehn Milliarden jährlich und ich schütze den Amazonas-Regenwald. Es gibt Öko-Fundamentalisten, die das ablehnen: Einerseits, weil sie korrupten Menschen kein Geld geben wollen, andererseits, weil sie das als Ablasshandel sehen und glauben, dass sich die Industrie dann zurück lehnen kann. Das stimmt nicht. Wir brauchen beides und ohne diese naturbasierten Lösungen schaffen wir es nicht. Dafür muss Deutschland auch einen solidarischen Beitrag leisten. Ich glaube, wenn wir das den Bürgern richtig erklären, wären die meisten dafür. Aber in den Wahlprogrammen kamen diese Punkte überhaupt nicht vor.

**Glauben Sie denn, dass die Politik den Ernst der Lage verstanden hat?**  
WIEGANDT Den Eindruck habe ich nicht. Angela Merkel hat es verstanden, aber sie konnte das in ihrer Partei nicht durchsetzen. Ich schätze sie sehr, wir werden sie sicher noch vermissen, aber beim Klima hat sie versagt. Sie hat das Wissen als Physikerin, auch gute Beratung beispielsweise durch das PIK (Potsdamer Institut für Klimaforschung, Anm. d. Red.), doch sich nicht getraut, wirklich zu kämpfen. Ich hätte zumindest von ihr eine Aufklärungskampagne erwartet – so etwas muss politisch initiiert werden.

**Inwiefern könnte das helfen?**  
WIEGANDT Es ist wie mit einer Krebsdiagnose: Wenn der Arzt sagt, dass der Krebs aggressiv und eine harte Therapie nötig ist, um geheilt zu werden, werden die meisten nach einer kurzen Bedenkzeit zustimmen. Diese Diagnose fehlt beim Klimawandel. Wir brauchen deshalb einen Prozess der Aufklärung – die nackte Wahrheit darüber, was eine Welt mit drei oder vier Grad Erderwärmung bedeutet. Und dann muss die Zivilgesellschaft Druck machen auf die Politik, damit sie die nötigen Schritte auch umsetzt.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ALINE PABST

Produktion dieser Seite:  
Aline Pabst  
Martin Wittenmeier

an Argumenten kommt. Die Eliten haben sich schon gut abgeschottet und verteidigen den Status Quo. Ich habe schon zu Politikern gesagt: Das ist eine Zeitbombe, wenn das mit dieser Polarisierung zwischen Arm und Reich so weiter geht. Wenn wir Stabilität und Gerechtigkeit wollen, müssen wir diese Dinge angehen.

**Zurück zum Klima: Wenn die Finanzierung gesichert wäre, was könnten wir damit tun?**

WIEGANDT Es gibt die „nature-based solutions“ – naturbasierte Lösungen. Die müssen zusätzlich zu dem, was im Pariser Klimavertrag geplant ist, umgesetzt werden. Der Vorteil: Sie wären zeitnah möglich, sozialverträglich und vergleichsweise kostengünstig. Ein wichtiger Punkt ist die Wiedervernässung der Moore, die im trockenen Zustand viel CO<sub>2</sub> freisetzen. Noch wichtiger aber: Wir müssen die Abholzung der Regenwälder stoppen. Knapp

„Die Kosten muss die Gesellschaftsschicht tragen, die die letzten 50, 60, 70 Jahre profitierte.“

fünf Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> gehen dadurch jährlich in die Atmosphäre. Das ist mehr, als ganz Europa emittiert. Und drittens: Wir müssen die Regenwälder auch wieder aufforsten. Wir reden hier nicht von ein paar Millionen, sondern 350 Milliarden Bäumen. Es gibt verschiedene Initiativen, beispielsweise die Bonn Challenge der UNO, die 200 Millionen Hektar Land zur Verfügung hat, um 200 Milliarden Bäume zu pflanzen, oder die New York Declaration on Forests, die zum Ziel hatte, den Regenwald zu schützen. Die haben letztes Jahr erklärt: Wir sind gescheitert, uns fehlt das Geld.

**Wie genau müsste man dort das Geld einsetzen?**

WIEGANDT Die Entwicklungs- und Schwellenländer nehmen an die 40 Milliarden Dollar jährlich ein, indem sie Regenwald-Flächen zur

**Das klingt, als würden normale Bürger davon überhaupt nicht belastet.**

WIEGANDT So ist es. Von der hohen Erbschaftssteuer wären vielleicht die reichsten zehn Prozent betroffen. 85 Prozent der Deutschen besitzen keine Aktien, dennoch zahlt der Rest beim Aktienhandel keine Umsatzsteuer. Ich verstehe nicht, wieso es da keinen Aufschrei gibt, die 85 Prozent sich das einfach gefallen lassen. Die Leute lassen sich einlullen von Lobbyisten, die behaupten, von einer Erbschaftssteuer geht die Welt unter und die Unternehmen wandern aus. Wohin denn? Die sind reich geworden durch unsere Infrastruktur, unsere Arbeiterinnen und Arbeiter. Das ist alles Unsinn, was da